

## **Regionalausschuss Bahnlärm**

7. Mai 2012

### **Antrag an den Regionalausschuss Bahnlärm**

*Dr. Angelina Sörgel (Beirat Östliche Vorstadt), Wolfgang Neke (Beirat Gröpelingen), Wolfgang Golinski (Beirat Walle), Matthias Roßberg (Beirat Hemelingen), Hille Brünjes (Beirat Findorff), Jan Cassalette (Beirat Mitte) und Stefan Pastoor (Beirat Schwachhausen)*

#### **Hinzuziehung des Regionalausschusses im Rahmen kommunaler Lärmschutzmaßnahmen**

Der Regionalausschuss Bahnlärm möge beschließen:

Der Regionalausschuss der Beiräte Burglesum, Findorff, Gröpelingen, Hemelingen, Huchting, Mitte, Neustadt, Oberneuland, Östliche Vorstadt, Schwachhausen, Vahr, Walle und Woltmershausen begrüßt die erklärte Absicht der Bremischen Bürgerschaft, zusätzlich zu weiteren Verhandlungen mit der Deutschen Bahn auch eigene bremische Mittel für den Lärmschutz bereit zu stellen.

Der Regionalausschuss begrüßt die Verabredung der den Senat tragenden Fraktionen, das kommunale Lärmschutzprogramm um 200.000 Euro in diesem Jahr und 600.000 Euro ab dem nächsten Jahr aufzustocken. Es umfasst damit nach Beschluss des Haushalts voraussichtlich 400.000 Euro in 2012 und 800.000 Euro im Haushaltsjahr 2013.

Diese Mittel für den Lärmschutz sollen nach dem Willen der Bürgerschaft nach sachlichen Kriterien für Lärmschutz in ganz Bremen verwendet werden: Entscheidungen über die Durchführung von einzelnen Lärmschutzmaßnahmen sollen nach Maßgabe einer auf fachlichen und finanziellen Gesichtspunkten beruhenden stadtbremischen Prioritätenliste erfolgen. Es sollte wegen der aktuellen Debatte beginnen mit einzelnen Maßnahmen im vom Neubau der Oldenburger Kurve tangierten Bereich, zumal auch Erlöse aus dem Grundstücksverkauf am Hauptbahnhof für das Lärmschutzaktionsprogramm bereitgestellt werden.

Der Regionalausschuss der Beiräte bittet die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie, die Bremische Bürgerschaft und den Senat, bei den Sachentscheidungen über die Verwendung der Mittel und über ihre regionale Verteilung frühzeitig hinzugezogen zu werden. Die lokal vor Ort arbeitenden Beiräte können die Bürgerinnen und Bürger frühzeitig an den Planungen und Überlegungen beteiligen und verfügen über die Kompetenz und das Erfahrungswissen, um die Vorschläge der senatorischen Behörde angemessen zu beurteilen. Vorarbeiten wurden bereits durch die Beiräte geleistet.

Der Regionalausschuss als Organ kann sicher stellen, dass diese Entscheidungen im Geist der Kooperation und gegenseitigen Solidarität der Stadtteile gefällt werden.

Begründung: erfolgt mündlich